Zu den römischen Stadtrechten.

In den Rechtsquellen wird der Ausdruck *lex municipalis*, wie Savigny Vermischte Schriften III 354 fg. ausgeführt hat, in doppeltem Sinne gebraucht: er bezeichnet einerseits die allgemein geltende Städteordnung, anderseits die besondere Satzung der einzelnen Stadt. Die Tafeln von Heraklea enthalten nach dem überzeugenden Nachweis desselben Gelehrten den Schlusstheil der von Caesar erlassenen Städteordnung. Seit Entdeckung der spanischen Stadtrechte erkennen wir, wie das Particularrecht vom allgemeinen abhängt und dasselbe voraussetzt. Zugleich lässt sich in den Abweichungen, welche die Urkunden unter einander aufweisen, der Einfluss der jeweiligen Gesetzgebung verfolgen. Aus diesem Grunde ist die Abfassungszeit der erhaltenen Urkunden schärfer als bisher geschehen ins Auge zu fassen.

Die *lex Iulia municipalis* wird von Savigny dem J. 45 v. Chr., von Mommsen C. I. L. I p. 123 genauer den letzten Monaten dieses Jahres nach Caesars im September erfolgter Rückkehr aus Spanien zugeschrieben. Dieser Ansatz hat durchweg Annahme gefunden z. B. bei Madvig, Puchta, Marquardt, Bruns, Hirschfeld, Krüger. Nur Lange Röm. Altert. III 440 rückt den Termin ins J. 46 zurück, weil 'Cicero schon im Februar 45, als Caesar Rom bereits wieder verlassen hatte, das Gesetz nicht als Entwurf oder *rogatio* sondern als *lex* erwähnt.' Sehen wir von der irri- gen Auffassung der Tafeln von Heraklea als Reste einer Sammlung von Auszügen caesarischer Gesetze, die Lange mit anderen Gelehrten theilt, vorläufig ab, so bestimmt er die Zeit dieser Urkunde vollkommen richtig. Indessen ist seine Begründung nicht ganz zutreffend. — Zunächst beweist der Name des Gesetzes, dass es von Caesar persönlich durchgebracht ist; dies kann geschehen sein entweder zwischen Ende Quinctilis und Ende November alten Stils (Ende Mai und Ende September) des J. 46¹ oder in den 3 letzten Monaten von 45. Die zweite Möglichkeit wird

¹ Vergl. E. Fourer, ephemerides Caesarianae, Bonn 1889.

durch das dem Dezember 46 angehörende Schreiben Cicero's an Lepta Fam. VI 18 ausgeschlossen¹. Der Anfang lautet: 'sobald als ich von Deinem Boten den Brief empfangen, habe ich gleich bei Balbus schriftlich angefragt, was in dem Gesetz stünde; er schrieb zurück, dass die thätigen Ausrufer vom Stadtrath ausgeschlossen würden, nicht die gewesenen. Deshalb mögen Deine und meine Bekannten guten Muthes sein; es wäre auch unerträglich gewesen, während heutige Eingeweideschauer zu Rom in den Senat aufgenommen wurden, wenn ehemalige Ausrufer in den Landstädten nicht Stadträthe sein dürften'. Der Sinn ist klar: Stadträthe (vielleicht von Cales Fam. IX 13) fühlen sich in ihren Sitzen durch das neue Gesetz, dessen Inhalt im Allgemeinen bekannt ist, bedroht und wenden sich durch Lepta's Vermittlung an Cicero, um den genauen Wortlaut zu erfahren. Hier handelt es sich also nicht um ein in Aussicht gestelltes, sondern um ein bereits gegebenes Gesetz. Ferner erhellt aus der Eile mit der die Anfrage durch einen eigenen Boten überbracht und umgehend von Cicero erledigt wird, dass der Termin, an dem das Gesetz in Kraft treten soll, unmittelbar vor der Thür steht. — In der That ist der Termin für die Rom betreffenden Vorschriften der 1. Januar 45. Dies wird vom Fahrverbot Z. 56 ausdrücklich gesagt und ergiebt sich für den vorausgehenden Abschnitt über Strassenpflasterung Z. 20—55 aus dem Zusammenhang. Es heisst nämlich Z. 24 *aediles curules, aediles plebei qui nunc sunt, quicquomque post hanc legem rogatam factei createi erunt eumve magistratum inierint, ici in diebus V proxumeis quibus eo magistratu designatei erunt eumve magistratum inierint, inter se paranto aut sortiunto qua in partei urbis quisque eorum vias publicas . . . sternendas curet*. Die breitspurige Fassung wird durch den Umstand erklärt, dass die Wahlen nach Erlass des Gesetzes und zwar erst am Ausgang des J. 46 statt gefunden haben (Dio XLIII 33). Der Zusatz *aediles plebei qui nunc sunt* ist nicht müssig wie behauptet wird, sondern

¹ Der Brief wird gewöhnlich Januar oder Februar 45 gesetzt. Allein aus § 2 geht hervor, dass das Ende Oktober neuen Stils erfolgte Eintreffen Caesars auf dem Kriegsschauplatz in Rom noch nicht bekannt ist: er schickt unterwegs von Paciaecus (vgl. b. Hisp. 3 Cic. Att. XII 2, 1) erhaltene Depeschen an seine Vertrauten, berichtet nicht nach eigener Anschauung. Ferner wird der Zahlungstermin, auf den Cicero nach § 5 in Rom wartet, wohl der 1. Januar 45 sein. Endlich ist die Ergänzung des Senats über welche Cicero scherzt, kurz vorher erfolgt (Dio XLIII 27).

schliesst die beiden plebeischen Aedilen für das Getreidewesen mit guter Absicht aus. Das letztgenannte Amt ist 44 in die Erscheinung getreten (Dio XLIII 51), aber wie wir hier erfahren, bereits 46 geplant gewesen. — Die Durchführung des Gesetzes in den Municipien ist bis zum 1. Januar 44 hinausgeschoben. Da ihr Geschäftsjahr vom römischen in der Regel um 6 Monate abwich, so konnten die neuen Normen nicht früher in Kraft treten, wenn man die gewählten Beamten im Amt belassen und die ohnehin bedeutenden Schwierigkeiten nicht durch Neuwahlen vermehren wollte. Der Termin wird deutlich im letzten Abschnitt angegeben, nach welchem die Durchsicht der Ortssatzungen erfolgen soll *post hanc legem rogatam in eo anno proximo quo hanc legem populus iuserit* d. h. bis Ende 45. Was die Zusammensetzung des Stadtraths betrifft, so wird im ersten Absatz Z. 83 fg. die Errichtung neuer Rathsstellen sofort mit dem Erlass dieses Gesetzes verboten. Das zweite Kapitel Z. 89 fg. schreibt vor, dass nach dem 1. Januar 44 kein thätiger Ausrufer im Stadtrath Sitz und Stimme haben darf. Das dritte Z. 98 fg. verbietet dem vorsitzenden Beamten vom 1. Quinctilis 45 ab thätige Ausrufer im Stadtrath überhaupt zu Worte kommen zu lassen. Derartige Leute haben mithin eine reichlich halbjährige Frist um freiwillig auszuscheiden, werden alsdann mundtot gemacht und nach einer weiteren halbjährigen Frist von der Curie endgültig ausgeschlossen. Ob nun die Municipalen für die Lepta sich bemüht, wie oben angenommen wurde, bereits im Stadtrath sassen oder erst hinein wollten, so muss in beiden Fällen das ihnen bedrohlich dünkende Gesetz perfect gewesen sein. Und zwar seit verhältnissmässig kurzer Zeit; denn sonst wäre ihre ungenaue Kenntniss unbegreiflich, hätten Abschriften an die einzelnen Städte verschickt sein müssen. — Nun aber hat Caesar unmittelbar vor seinem Abgang zur Armee im November alten Stils (September) eine umfassende gesetzgeberische Thätigkeit entfaltet (Dio XLIII 25). Ausdrücklich bezeugt werden Gesetze über Zusammensetzung der Gerichte und Verwaltung der Provinzen sowie gegen den Aufwand. Mit voller Sicherheit können wir ihnen die Städteordnung anreihen.

Gemeinhin hielt man die Tafeln von Heraklea für ein *legum Romanarum digestum* oder eine *lex satura*: nach der ersten Ansicht wären Auszüge aus einer *lex frumentaria* und einer *lex de viis urbis Romae tuendis et purgandis* der *lex municipalis* vorausgeschickt; nach der zweiten wären Gegenstände verschiedenartigen Inhalts um Zeit und Mühe zu sparen zusammen gefasst und in

einer einzigen Abstimmung erledigt worden. Dagegen hat Puchta Institutionen I § 90 mit Nachdruck die Einheit des Gesetzes verfochten. Nachdem das Statut von Urso c. 104 gezeigt hat, wie in einem Stadtrecht ganze Kapitel aus anderen Gesetzen nahezu wörtlich herübergenommen werden, könnte der Streit der Meinungen unerheblich scheinen, ist es aber nicht. Denn zugegeben, dass Caesar 46 besondere Gesetze über die Getreideverwaltung und Strassenreinigung Roms gegeben hätte, was keineswegs wahrscheinlich ist¹, so würden dieselben allgemeine Geltung erlangt haben insofern sie der Städteordnung einverleibt wurden. Freilich könnte Jemand meinen, die Gemeinde von Heraklea habe die vorliegende Sammlung von Gesetzauszügen veranstaltet², wird sich aber dann bei näherem Nachdenken selbst sagen, dass die immerhin beträchtlichen Kosten, diese Auszüge in Erz eingraben zu lassen von einem halbwegs zurechnungsfähigen Stadtrath nicht bewilligt worden wären, wenn es sich lediglich um stadtrömische Polizeivorschriften gehandelt hätte. Diese hausbackene Erwägung nöthigt uns von vornherein mit Puchta an der Einheit des scheinbar zusammenhanglosen Ganzen festzuhalten. Wir müssen also annehmen, dass die Bestimmungen, in denen Rom allein genannt wird, auch für die Municipien als gesetzliche Norm gedient haben. — Damit würde allerdings der Eingang Z. 1—19 in unvereinbarem Widerspruch stehen, wenn derselbe wirklich, wie man glaubt, von der Meldung zu den Frumentationen handelte, da diese berechnete Eigenthümlichkeit der Hauptstadt die Municipien schlechterdings nichts angeht. Indessen ist die landläufige Deutung von Hirschfeld Philologus XXIX 90 fg. treffend widerlegt worden und durch eine einleuchtende Deutung, die freilich einer Einschränkung bedarf, ersetzt worden. Hirschfeld meint, in dem ganzen Eingang sei von der Abmeldung die Rede welche derjenige, der sein Domicil in Rom aufgab, beim Consul Praetor oder Volkstribun zu erstatten hatte. Da nach Cic. pro Arch. 7 fg. für jeden Anziehenden die Meldepflicht bestand, schliesst Hirschfeld mit Recht, dass auch der Fortziehende sich abzumelden gehalten war. Für diese Erklärung finde ich eine kräftige Stütze in der

¹ Die endgiltige Regelung der Frumentationen steht nach Z. 17 aus und ist keinesfalls vor Einsetzung der aediles Cereales erfolgt.

² Die Sammlung einem Privatmann beizulegen ist ein wunderlicher Einfall, der den Römern den Gebrauch des Papiers zu bestreiten scheint.

Ueberlieferung des J. 46. Dio XLIII 25 berichtet, dass Caesar der aus der Volkszählung festgestellten Menschenarmuth durch Belohnungen für Kindersegen entgegen wirkte. Sueton 42 schreibt: *octoginta autem civium milibus in transmarinas colonias distributis, ut exhaustae quoque urbis frequentia suppeteret, sanxit ne quis civis maior annis viginti minorve quadraginta qui sacramento non teneatur, plus triennio continuo Italia abesset, neu qui senatoris filius nisi contubernalis aut comes magistratus peregre proficisceretur, neve ii qui pecuariam facerent, minus tertia parte puberum ingenuorum inter pastores haberent.* Also hat Caesar im Zusammenhang mit der Volkszählung verordnet, dass kein Bürger zwischen 20 und 40 Jahren, vom Kriegsdienst abgesehen, länger als 3 Jahr hinter einander im Ausland zubringen darf. Die Durchführung dieser Vorschrift ist undenkbar ohne eine sorgfältige Regelung des Meldewesens. Der Schluss der bezüglichen Bestimmungen, den die Tafeln von Heraklea enthalten, kann nun nicht, wie Hirschfeld will, von der definitiven Aufgabe des Domicils verstanden werden; denn der Name des Abziehenden wäre in solchem Falle auf der Liste der Getreideempfänger gelöscht worden und die Möglichkeit ihm oder seinem Subsistuten Spenden zukommen zu lassen (Z. 17) ausgeschlossen gewesen. Vielmehr handelt es sich um die Abmeldung für eine bestimmte Zeitdauer oder um die Erlaubniss zur Reise ins Ausland. Damit solche nicht gar zu leichtsinnig angemeldet werde, ruht das Recht an den Getreidespenden theilzunehmen für den ganzen Umfang der angemeldeten Frist. Man begreift nunmehr wie Z. 4 fg. die Meldung der Waisenknaben und -mädchen, die mit der Getreidevertheilung nichts zu schaffen hatten, normirt wird, anderseits wie alle diese Vorschriften in einer Städteordnung am Platz sind; denn der Meldezwang erstreckt sich über den gesammten Umfang der Bürgerschaft Italiens. Der Ausschluss von den Frumentationen Z. 15. 17 passt ja wie gesagt zunächst nur auf Rom; für die Municipien tritt der Ausschluss von den Spenden, die öffentliche (Suet. 38) oder private Wohlthätigkeit der Plebs zuwandte, an die Stelle gerade wie die Meldungen an die Duovirn oder Aedilen ergehen. Für die straffe Zucht, welche die neu begründete Monarchie anstrebte, ist das behandelte Kapitel überaus bezeichnend. — Der zweite Abschnitt Z. 20—55 behandelt die Unterhaltung der Strassen in Rom und dessen Weichbild. Dass aber die betreffenden Vorschriften auch für die Municipien z. B. in Pompeji galten, unterliegt keinem Zweifel¹.

¹ Vgl. meine Pomp. Studien 570 fg.

Das Gleiche gilt von dem Fahrverbot Z. 56—67¹. Was endlich die Bestimmungen über die Benutzung öffentlichen Grund und Bodens Z. 68—89 betrifft, so glaube ich von einem besonderen Nachweis, dass sie in den Landstädten in Kraft waren, absehen zu dürfen, weil die Sache eine ganz selbstverständliche ist. — Hirschfeld, der mit Puchta die Einheit des Ganzen vertritt, erklärt zum Schluss: 'jedoch kann man nicht leugnen, dass dieser Complex verschiedenartiger Verordnungen in einem Gesetze immerhin sehr eigenthümlich bleibt und ohne Zweifel müssen es ausserordentliche Umstände gewesen sein die Caesar zu dieser Art der Abfassung bestimmt haben.' Da die Alten in ihren Gesetzen von der systematischen Anordnung, die wir verlangen, absahen, da ferner nur ein Bruchstück des Ganzen uns vorliegt, wird es gerathen sein ein bestimmtes Urtheil zu unterdrücken. Immerhin ist die Abfassung in fliegender Eile erfolgt: nach den Spielen hat Caesar *conversus ad ordinandum rei publicae statum*, wie Sueton 40 sich ausdrückt, in dem kurzen Zeitraum von zwei Monaten den Kalender verbessert, eine Volkszählung veranstaltet und eine Reihe grundlegender Gesetze gegeben.

Wenn man sich die praktischen Bedürfnisse einer Landstadt vergegenwärtigt, erscheint es seltsam, dass die Gemeinde von Heraklea das ganze Gesetz seinem Wortlaut nach zur öffentlichen Kenntnissnahme in Erz ausgestellt hat. Sicherlich hat auch der Gesetzgeber nicht daran gedacht, dass dies Beispiel in allen vierhundert Municipien Italiens nachgeahmt werden sollte. Vielmehr bemerkt er am Ende: *quæ lege plebeive scito permissus est fuit uti leges in municipio fundano municipibusve eius municipi daret, si quid is post hanc legem rogatam in eo anno proximo quo hanc legem populus iuserit, ad eas leges [addiderit commutaverit correcterit], municipis fundanos item teneto uti oporteret, si eae res ab eo tum quom primum leges eis municipibus lege plebeive scito dedit, ad eas leges additae commutatae correctae essent; neve quis intercedito neve quid facito quo minus ea rata sint quove minus municipis fundanos teneant eisque optemperetur.* Was unter *municipium fundanum* — das Beiwort begegnet nur an dieser Stelle — zu verstehen sei, ist bekanntlich 'strittig. — Mommsen Stadtrechte 409 A. denkt an sicilische und spanische Gemeinden, denen Caesar die Latinität verliehen hatte und meint es habe ihm durch obige Clausel verstattet werden sollen den

¹ Friedländer Sittengeschichte I³ p. 55.

von ihm erlassenen lateinischen Gemeindeordnungen Nachträge beizufügen. Ohne Nebensachen zu berühren, spricht gegen die vorgetragene Ansicht vornehmlich der Umstand, dass sie das Gesetz mit einem Zusatz beschwert, der ausser allem Zusammenhang mit dem übrigen Inhalt soweit wir ihn kennen steht, und dasselbe unnöthiger Weise zu einer *lex saturna* stempelt. Wenn ferner der Gesetzgeber zu Anfang jedes Abschnitts Z. 83. 108. 142 um allen Zweifel auszuschliessen betont, dass er von römischen Bürgergemeinden rede, so kann er auch den *municipia fundana* gar kein anderes Recht beigelegt haben. Hätte er peregrinische oder lateinische Gemeinden bezeichnen wollen, so würde er einen deutlichen Ausdruck gewählt und den Leser vor dem Irrtum bewahrt haben unter *municipes* Römer zu verstehen, was derselbe nothwendiger Weise verstehen muss. Endlich passt die historische Voraussetzung Mommsens ganz und gar nicht: insbesondere hat das Gesetz nicht einen sondern mehrere Verfasser von Gemeindeordnungen im Auge. — Savigny a. O. 341 fg. hatte richtig erkannt, dass *municipium fundanum* eine Gemeinde bezeichne die Fundus geworden, d. h. mit eigener freier Zustimmung das römische Bürgerrecht angenommen hatte. Er führt des Weiteren richtig aus, dass es sich hier nicht um die grosse Masse italischer Municipien handle, die einstmals in gleicher Lage sich befunden haben mögen, sondern nur um diejenigen, welche seit verhältnissmässig kurzer Zeit Fundus geworden waren, sintemalen ihre Gesetzgeber noch lebten. Die Unterscheidung hat einen einleuchtenden Grund. Wir wissen nicht, seit wann es üblich geworden ist, den in den römischen Bürgerverband eintretenden Municipien Gesetzgeber zu bestellen, welche die bisherigen Ordnungen dem gemeinen Recht anpassten und damit eine feste Unterlage für das Gemeindeleben schufen. Aber wir begreifen leicht, dass ein derartiges Statut, sei es nach hundert Jahren, sei es nach kürzerer oder längerer Frist veraltet war und ebenso wenig wie die zwölf Tafeln geltendes Recht umfasste. Caesar hat in dem erhaltenen Gesetz in Betreff solcher veralteter Statuten keine Verfügung getroffen, dagegen die Umarbeitung der jungen Statuten vorgeschrieben oder mindestens nahe gelegt. Das eine war durchführbar, das andere nicht. — Savigny denkt an die Transpadaner als diejenigen, auf welche die Clausel gemünzt war. Gewiss sind die treuen Verbündeten Caesars, die 49 v. Chr. durch das roscische Gesetz das Bürgerrecht erlangt hatten, in erster Linie gemeint; doch mag auch noch der eine oder andere Verfasser des

Statuts einer auf der Halbinsel gelegene Stadt am Leben gewesen sein. Für Heraklea traf dies nicht zu; denn sonst hätte der Stadtrath das verbesserte Statut, nicht aber dies Gesetz mit all seinem Ballast in Erz eingegraben lassen. Die Stadt hatte sich 89 v. Chr. gestäubt, ihr günstiges Bündniss mit dem Bürgerrecht zu vertauschen (Cic. pro Balbo 21. 50 pro Archia 6 fg). Wann dies geschehen, ist unbekannt. Man darf nur vermuthen, dass die Gemeinde aus Freude über irgend einen Vortheil, den ihr das neue Gesetz brachte, dasselbe auf alte Erztafeln schreiben liess und damit der Nachwelt überlieferte.

Ich habe diese ganze Erörterung lediglich deshalb ausgesponnen, weil in der *lex coloniae Genetivae Iuliae* das Beispiel einer erweiterten Stadtordnung vorliegt. Die Herausgeber Hübner und Mommsen haben aus der Schrift und Sprache geschlossen, dass sie erst unter den Flaviern in Erz eingegraben worden sei. Dabei sind nach Hübner's Bemerkung (Eph. ep. II 107 III 90) verschiedene Hände thätig gewesen, ohne dass hieraus eine abweichende Abfassungszeit gefolgert werden könnte. Inhaltlich jedoch sind von dem älteren Grundstock jüngere Nachträge zu sondern. Dies ergibt sich schlagend aus den Bestimmungen über das Patronat. Nach c. 97 werden der Vertheiler der Ländereien und der Führer der Colonisten sowie deren Kinder und Nachkommen ohne Umstände dieser Ehre theilhaftig; für die Uebertragung an einen Anderen ist der Beamte an einen schriftlichen Beschluss der Mehrheit von mindestens 50 anwesenden Decurionen gebunden und wird bei Zuwiderhandlung mit einer Busse von 5000 Sesterzen bedroht. Nun aber schreibt das mehr als doppelt so lange c. 130 vor: ein römischer Senator und Senatorssohn darf nur nach einem schriftlichen Beschluss von drei Vierteln der Decurionen und wenn er sich bei der Behandlung des Gegenstandes als Privatmann in Italien aufhält, zum Patron ernannt werden; jeder zuwiderhandelnde Beamte oder Stadtrath wird für den einzelnen Uebertretungsfall mit einer Busse von 100 000 Sesterzen bedroht. Die Städte wählten ihre Patrone der Natur der Sache nach vornehmlich aus dem Senatoren-, weit weniger aus dem Ritterstande: das dem J. 223 n. Chr. angehörende Verzeichniss von Canusium (Wilm. 1830) enthält aus jenem 31, aus diesem 8 Namen. Vor der Ausbildung des ritterlichen Beamtentums wird das Verhältniss aller Wahrscheinlichkeit nach noch ungünstiger gewesen sein. Daraus folgt, dass jene beiden auch äusserlich durch einen weiten Zwischenraum getrennten Kapitel unmöglich

der nämlichen Zeit entstammen können. Der Gesetzgeber kann nicht in einem Athem für die Ernennung von Patronen schlechthin die schriftliche Zustimmung von mindestens 26, für die Ernennung von Patronen aus demjenigen Stande, der fast allein in Frage kam, die schriftliche Zustimmung von mindestens 75 Decurionen verlangen, in dem einen Falle nur den Vorsitzenden, in dem anderen den gesammten Stadtrath haftpflichtig erklären, endlich die allgemein normirte Strafsumme um das Zwanzigfache erhöhen. In der That ist die Vorschrift des c. 130 im J. 12 v. Chr. noch nicht geltendes Recht gewesen, weil der damalige Statthalter Africa's von einer ihm untergebenen Gemeinde als Patron cooptirt worden ist (Wilm. 2850). Andere Urkunden lehren, dass sie seit 55 n. Chr. nicht mehr in Kraft war (Wilm. 2852. 53. 59 Or. 956). Dies wird ausdrücklich bestätigt durch das Statut von Malaca c. 61. Dasselbe knüpft das Patronat an den schriftlichen Beschluss der Mehrheit von mindestens zwei Drittel anwesenden Decurionen und verlangt ausserdem ihre vorhergehende Vereidigung; die Strafsumme wird zu 10 000 Sesterzen bestimmt. Man sieht, die Gesetzgebung hat dem Bedürfniss der Zeit nach derartigen Ehrungen und dem damit getriebenen Missbrauch gegenüber eine wechselnde Haltung eingenommen. Im J. 84 n. Chr. ist sie nahezu auf den Standpunkt des J. 44 v. Chr. zurückgekehrt, nur dass die Strafsumme verdoppelt, die Betheiligung des Stadtraths von 26 auf 34 Mitglieder erhöht und die Bürgschaft für deren pflichttreue Abstimmung durch einen Eid verstärkt ist. Zwischen diesen beiden Terminen sind die ungleich viel schärferen Vorschriften erlassen worden, die wir c. 130 des Statuts von Urso lesen. Sie rühren von Augustus her. Im J. 11 n. Chr. verbot der Kaiser den Provinzialen einem Statthalter während dessen Amtsdauer und 60 Tage nach dessen Abgang aus der Provinz irgend eine Ehre zu verleihen, weil einige sich derartige lobende Anerkennungen verschafften, um ihre Erpressungen zu verdecken (Dio LVI 25, 6). Diese kurze Angabe berührt sich aufs engste mit der Bestimmung des Stadtrechts, dass der Antrag auf Verleihung des Patronats an einen Senator oder Senatorssohn nur gestellt werden darf, wenn derselbe als Privatmann ohne Imperium in Italien sich befindet. Aus dem Gesagten folgt, dass c. 130 und das damit zusammenhängende c. 131 11 n. Chr. oder kurz darauf dem Stadtrecht einverleibt worden sind. Damit gewinnen wir einen festen Anhalt, um den Umfang der Zusätze überhaupt zu bestimmen.

Der grössere Theil des Städtrechts, soweit es erhalten ist, bis c. 106 weist ein einheitliches Gepräge auf. Die Fassung ist einfach, sachgemäss, nahezu ohne Tautologie. Seinem Ursprung aus dem J. 44 v. Chr. entsprechend lehnt sich das Städtrecht an die caesarische Gesetzgebung an: c. 104 stammt aus der *lex agraria* des J. 59, c. 97 nimmt auf das nämliche Gesetz, c. 106 auf die *lex de maiestate*, c. 66. 101. 105 auf die Gemeindeordnung des J. 46 Bezug. Ganz anders der Schluss, dessen Fassung weit-schweifig und durch verkehrtes Streben nach Deutlichkeit öfters sprachwidrig ist. So lautet z. B. die Formel in Betreff der Strafsumme c. 61. 74. 75. 81. 92. 93. 97. 104 mit geringer Abweichung *eiusque pecuniae cui volet petitio persecutioque ex hac lege esto*; dieselbe wird c. 125. 126. 128. 129. 130. 131. 132 gleichfalls mit geringen Abweichungen folgender Massen erweitert *eiusque pecuniae cui eorum volet recuperatorio iudicio apud II virum praefectumve actio petitio persecutioque ex hac lege ius potestasque esto*. Die Grenze zwischen beiden Theilen ist vor c. 124 anzusetzen; denn einerseits begegnet hier schon der unbehülfliche Wortreichthum, anderseits behandelt dies Kapitel einen schon c. 105 berührten Gegenstand. Mommsen (Eph. ep. II 121) ist der Meinung, dass der Schlusstheil interpolirt sei und dass die ihn enthaltende Tafel vielleicht die Stelle einer älteren verloren gegangenen eingenommen habe. Durch den oben geführten Nachweis, dass c. 130. 31 augustisches Recht geben, fällt diese Erklärung fort. Eine einzige Interpolation ziemlich harmloser Art begegnet c. 127 in den Worten *qui provinciarum Hispaniarum ulteriorem Baeticae praerit optinebit*: in der Vorlage des Graveurs war offenbar die Correctur *Baeticae praerit* als Ersatz für die ältere Fassung angemerkt gewesen und der Graveur hat aus Nachlässigkeit die Correctur nebst den zu tilgenden Worten aufgenommen. Es bleibt also kein anderer Ausweg übrig, als den Redactor für die mangelhafte Fassung des Schlusstheils verantwortlich zu machen. Man wird denselben wohl eher in den Kreisen der Bürgerschaft, als unter den Statthaltern von Baetica suchen müssen. Soweit wir sehen hat sich das Bedürfniss einer Ergänzung des ursprünglichen Statuts in den ersten Jahrzehnten unserer Zeitrechnung geltend gemacht. Von mehrmaligen im Laufe der Zeit wiederholten Nachträgen kann nicht wohl die Rede sein, weil der ganze Abschnitt von c. 124 ab eine und dieselbe Hand verräth. Immerhin ergibt sich die wichtige Thatsache, dass der Inhalt als Ausfluss der Gesetzgebung des Augustus be-

trachtet werden muss. So gehen die Bestimmungen über die Ehrensitze bei den Spielen c. 125—27 auf die *lex theatralis* vom J. 22 (?) v. Chr. zurück, deren Nachwirken ich früher am Umbau des Theaters von Pompeji nachgewiesen habe (Pomp. Stud. 251). Zwar spricht der Redactor c. 125 von Caesar als wäre er noch am Leben; allein die Worte *iussuque C. Caesaris dictatoris consulis prope consule habebit* sind jenem in Rechnung zu stellen, da sie im Zusammenhang jedes vernünftigen Sinnes entbehren und Caesar einen Titel beilegen, den er nicht geführt hat. Desgleichen steht c. 132 zu der den letzten Jahren des Augustus angehörigen *lex de ambitu* (Dio LIV 16 LV. 5 Suet. 34 Plin. ep. VI 19 Instit. IV 18, 11 Dig. XLVIII 14) in Beziehung. Es scheint, dass die Anordnung dieser Nachträge sich der Zeitfolge der Gesetze anschliesst.

Bonn.

H. Nissen.